

Die deutsche Weltpolitik erinnert derzeit stark an das Schicksal der oberdeutschen Städte in der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg. Nürnberg, Augsburg und die anderen deutschen Exportzentren dominierten wirtschaftlich die europäische Handelsachse von Flandern bis Venedig und weit darüber hinaus die mittelalterliche Weltwirtschaft. Sie konnten sich lange auf eine funktionierende lex mercatoria stützen, die vor allem auf der Anerkennung des Prinzips der Reziprozität, der strikten Gegenseitigkeit von Leistungen und Privilegien, durch städtische Akteure auf dem „Weltmarkt“ beruhte. Eigene militärisch-politische Schwäche überdeckte man durch Mitgliedschaft in regionalen Städtebündnissen. Es gelang aber nicht, den ausgedehnten wirtschaftlichen Aktionsraum auf Rohstoff- und Absatzmärkten durch eine entsprechende politische und militärische Reichweite zu konsolidieren, so dass – mit Ausnahme der Schweiz und der Niederlande – die Stadtwirtschaft im Konflikt mit den Territorialmächten unterging und damit auch die spätmittelalterliche Weltwirtschaft.

Heute operiert die viertgrößte Handelsnation von ihrer sicheren europäischen Marktbasis weltweit mit großem Erfolg. Sie muss sich noch immer auf eine Weltwirtschaftsordnung verlassen, die auf dem Funktionieren der lex mercatoria beruht, wie sie sich heute in der Welthandelsorga-

Aus historischer Perspektive wissen wir, dass ein europäischer Einheitsstaat schwer vorstellbar ist.

nisation (WTO), den Finanzinstitutionen der Vereinten Nationen (IWF, Weltbank), der G7 oder G20 verkörpert. Es ist dies aber eine Schönwetterversicherung, die kommenden Turbulenzen auf den Weltmärkten nicht standhalten muss. Umso wichtiger ist der Europäische Binnenmarkt als Glacis und Instrument deutscher Handelsmacht.

Dies war aus deutscher Sicht schon bei ihrer Gründung im Jahre 1957 eine der wesentlichen Aufgaben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es gehört zu den gesicherten Ergebnissen wirtschaftshistorischer Forschung, dass der europäische Integrationsprozess spätestens seit 1954 nicht vorangetrieben wurde, um die Nationalstaaten zu überwinden, sondern um sie unter neuen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen überlebensfähig zu machen. Darin waren sich die politischen Akteure einig – auch wenn unter den europäischen Eliten immer auch die Meinung weit verbreitet war, wirtschaftliche Sachzwänge würden den Integrationsprozess schon aus funktionalen Gründen immer weiter vorantreiben, als es der Souveränität in den jeweiligen Mitgliedsländern der Gemeinschaft wollte.

Die seit zwei Jahren schwelende „Euro-Krise“ ist dafür ein Beispiel par excellence. Aus historischer Perspektive wissen wir aber auch, dass ein europäischer Einheitsstaat aus vielerlei Gründen schwer vorstellbar ist. Für Großbritannien und die skandinavischen Länder gehörte er von Anfang an erklärtermaßen nicht zu den Optionen der europäischen Integration, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Deutschland und Frankreich, obgleich Nachbarn und europapolitische Dioskuren, stehen in kultureller und sprachlicher Hinsicht Rücken an Rücken. Ansätze von Nation-Bildung? Fehlzeitung! Es gibt keine gemeinsame mediale und politische Öffentlichkeit und – jahrzehntelanger staatlicher Förderung zum Trotz – nur schwache transnationale Beziehungen. Wenn französische Intellektuelle über den Rhein blicken, wie jetzt wieder, geschieht dies in der Art von Ethnologen, die versuchen, einen fremden Volkstamm zu verstehen. Deutsche und Italiener haben sich über die Jahrhunderte besser kennengelernt, doch würde sich dieser Erfahrungsschatz für das Zusammenleben in einer „Nation“ als eher hinderlich erweisen. Für Deutschland bräute der europäische Einheitsstaat unlösliche Probleme mit sich: verfassungspolitisch, weil der deutsche Föderalismus jeder einheitsstaatlichen Bindung im Wege steht; wirtschaftlich, weil seine globale Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von wirtschaftskulturellen Voraussetzungen ausgeht, die in einem Europa der dreißig kaum durchsetzbar wären. So wichtig der Binnenmarkt ist, so liegt doch jeder Integrationssschritt, der über ihn hinausgeht, nicht ohne weiteres im deutschen Interesse.

Eine formale Anerkennung der wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands ist heute in Europa ebenso schwer vorstellbar wie vor 1914 und nach 1945. Helmut Schmidt sah die Kunst der deutschen Europapolitik (neben dem Einsatz der „Scheckbuchdiplomatie“ als Schmiermittel) in der Fähigkeit, die eigenen Ideen Frankreich zu soufflieren, um sie dann aus der zweiten Reihe zu unterstützen. Das Ziel der Supranationalität ist – wie schon erwähnt – ebenfalls problematisch. Es wurde 1957 auch explizit aufgegeben, nachdem die erste Phase der Integration, die Montanunion, noch von der nachkriegsbedingten Chance zur strukturellen Diskriminierung Deutschlands profitieren konnte. Alle anderen Partner in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatten 1950/52 keine nennenswerten eigenen Montaninteressen, die sie an die Luxemburger Hohe Behörde abgeben mussten.

Das Ziel einer supranationalen europäischen Verfassung ließ sich schon 1954 auf dem Feld der europäischen Verteidigung und der dort geplanten Politischen Gemeinschaft nicht durchhalten. Zwar ent-



Zentrum des Fernhandels: Kaufmannsstadt Nürnberg im Mittelalter (Holzschnitt von 1493)

Werner Abelshäuser

Deutschland, Europa und die Welt

Ideal für Deutschland ist ein Integrationsziel unterhalb der Ebene einer supranationalen Verfassung, das gleichwohl einheitliche Verhältnisse auf dem EU-Binnenmarkt garantiert und damit eine sichere wirtschaftliche Basis.

Dies würde nicht mehr Europa bedeuten, sondern die Aufgabe stellen, den Status quo abzusichern.

sprach die im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vorgesehene Organisation von militärischer Kommandostruktur, europäischer Rüstungswirtschaft und der Rüstungsfinanzierung ebenfalls ganz dem Muster der strukturellen Diskriminierung Deutschlands. Vor der „Pulverlinie“, also in Deutschland, sollte keine Rüstungswirtschaft entstehen, und die Führung der europäischen militärischen Großverbände blieb französischen Offizieren vorbehalten, während das gemeinsame Budget vor allem von Westdeutschland finanziert werden sollte. Frankreich erschien aber die darüber hinaus vorgesehene Beschränkung der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der atomaren Bewaffnung inzwischen unzumutbar, so dass es dem selbst konzipierten Vertrag 1954 in der Nationalversammlung die Ratifizierung verweigerte.

Ideal für Deutschland ist nach wie vor ein Integrationsziel unterhalb der Ebene einer supranationalen Verfassung, das gleichwohl einheitliche Verhältnisse auf dem Europäischen Binnenmarkt garantiert und damit eine sichere wirtschaftliche Basis. Dies würde nicht mehr Europa bedeuten, sondern die Aufgabe stellen, den Status quo von Lissabon und Nizza abzusichern und komfortabel auszustatten. Dagegen birgt jedes Überschreiten der Grenzlinie zur Supranationalität auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Gefahr schwerer Verletzungen deutscher Interessen. Eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzregierung könnte zu leicht geneigt sein, Besonderheiten der deutschen Wirtschaftskultur abzuschleifen, die nur schwer in den Rahmen standardkapitalistischer Normen passen – und noch dazu die anderen Staaten unter Erfolgsdruck setzen. Dazu zählt etwa die deutsche Bankenstruktur mit ihrem mehrheitlichen Anteil öffentlich-rechtlicher Institute. Diese entspricht zwar den Bedürfnissen der in Deutschland maßgebenden mittelständischen Wirtschaft, die eine einigermaßen gleichmäßige Mobilisierung der wirtschaftlichen Ressourcen über die Fläche ermöglicht. Ein genossenschaftlich oder öffentlich-rechtlich organisiertes Bankensystem entspricht aber nicht dem Modell eines nach reinen Wettbewerbsgesichtspunkten organisierten Kapitalmarktes.

Ähnliches gilt für das duale System der Berufsbildung, das von außen gesehen den Nachteil zu haben scheint, eine höhere Studierendquote zu verhindern. Mitbestimmung und Sozialstaat wären weitere Felder, auf denen komparative institutionelle Wettbewerbsvorteile auf dem Spiel stünden. Die Gefahr ist umso größer, als auch viele deutsche Akteure deren Wert selbst nach der jüngsten Krisenerfah-

rung noch immer nicht verstanden haben. Eine Einheitswährung gehört übrigens nicht zu den Grundbedingungen, die der europäische Markt der deutschen Wirtschaft bereitstellen sollte. Kein Geringerer als der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Anton Börner, hat diese Selbstverständlichkeit im November 2011, auf dem Höhepunkt der „Euro-Krise“, nüchtern ausgesprochen: „Wir können ohne den Euro leben“ (F.A.Z. vom 10. November).

Die Parole „Scheitert der Euro – scheitert Europa“ ist gefährlich, weil sie falsch ist. Eher ist das Gegenteil richtig. Es reicht ein möglichst umfassendes europäisches Währungssystem mit festen Wechselkursen, um die wichtigsten währungspolitischen Ziele ohne politischen Dauerstress und untragbare finanzielle Risiken zu erreichen. Vielmehr wäre die Aufhebung der währungspolitischen Spaltung Europas in einem einheitlichen europäischen Währungssystem fester Wechselkurse ein erstrebenswertes Ziel. Was die deutsche (ebenso wie die europäische) Wirtschaft wirklich braucht, sind kalkulierbare Währungsverhältnisse, die nach Möglichkeit ganz Europa einschließen.

Der Deutschen Bundesbank würde dabei wieder eine wichtige Rolle zufallen. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die Einführung des Euro gegen den massiven Wi-

derstand der Deutschen Bundesbank erfolgte, deren (erste) Entmachtung von den politischen Eliten als Preis für die Zustimmung Frankreichs und Großbritanniens zur deutschen Vereinigung gesehen wurde. Dabei war die nationale Kontrolle über die D-Mark als europäische Ankerwährung vor dem Hintergrund einer beschränkten deutschen Souveränität die mit Abstand wichtigste Ressource der Macht der alten Bundesrepublik.

Auch in der Außenpolitik ist eine europäische Vergemeinschaftung der Interessen weder vorstellbar noch wünschenswert. Die westeuropäischen Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen werden sich im eigenen Interesse gegen ein gemeinsames europäisches Mandat sträuben. Und eine europäische Außenpolitik wird den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen müssen, der im Zweifel keinem ihrer Mitglieder gerecht werden kann. Die Außenwirkung der EU sollte sich darauf beschränken, ein konzertiertes Vorgehen der Länder des rheinischen Kapitalismus – also des Wirtschaftsraums von Skandinavien bis Norditalien und von der Seine bis an die Oder – auf dem Weltmarkt möglich zu machen und gleichzeitig den Mitgliedstaaten die Freiheit zu lassen, ihre Interessen im Rahmen der Global Governance auf eigene Rechnung (und Gefahr) zu vertreten.

Deutschland müsste also in der bestehenden europäischen Vertragsunion souveräner Staaten mit divergenten Wirtschaftskulturen keine formale Führungsposition anstreben. Es genügt, wenn es seine Handlungsfreiheit behält, um als sicherem europäischem Rückhalt heraus weltweit agieren zu können. Dies ist ein im europäischen Kontext realistischer Ansatz, weil andere ambitionierte Mitglieder der EU – wenn auch mit viel weniger Aussicht auf Erfolg – diese Positionsbeschreibung ebenfalls für sich in Anspruch nehmen.

Allerdings liegen deren Machtressourcen vor allem außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre. Großbritannien und Frankreich stützen ihren weltpolitischen Anspruch in erster Linie auf ihren diplomatischen Status, den sie ihrem historischen Kapital als ständige Vetomächte im Sicherheitsrat und ihrer Stellung als Atomkräfte verdanken. Sie kompensierten damit in der Vergangenheit ihren schwindenden Einfluss als wirtschaftliche oder kulturelle Mächte von Welttrag. Dagegen hat die Bundesrepublik ihre Option, Atomkraft zu werden, die sie im Dezember 1956 durch den Kabinettsbeschluss, Atomkraft in Deutschland zu produzieren, bestärkt hat, 1969 endgültig aufgegeben. Jetzt könnte sie – anders als die europäischen Atomkräfte – aus dieser Entscheidung wirtschaftlichen Nutzen ziehen, weil

sie in der Lage ist, ihre Energiewirtschaft vom atomaren Kreislauf zu trennen, ohne dazu eine Grundlage ihres weltpolitischen Anspruchs aufgeben zu müssen.

Ein weltpolitisches Konzept für Deutschland zu entwickeln ist alles andere als einfach. Für die wirtschaftliche Großmacht Deutschland stellte sich die Frage nach den Optionen zur Sicherung der eigenen weltpolitischen Interessen vor 1990 nicht. Deutschland als Ganzes war nicht souverän, und so sah sich die alte Bundesrepublik dem Blockdenken der

Ein weltpolitisches Konzept für Deutschland zu entwickeln ist alles andere als einfach.

westlichen Welt in besonderer Weise verpflichtet. Durch die Hallstein-Doktrin legte sie sich sogar noch zusätzliche Fesseln an, die ihre Beziehungen zu den Schwellenländern der blockfreien Länder weiter hemmten. Mit der Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (Zwei-plus-vier-Vertrag) vom September 1990 fiel zwar die Beschränkung der Souveränität weg, nicht aber die mentale und militärische Bindung an die Vereinigten Staaten, zumal diese weiterhin atomare Schutzmacht der Deutschen blieben. Erst die Entscheidung, sich nicht offiziell am zweiten Irak-Krieg der Amerikaner zu beteiligen, machte die deutsche Handlungsfreiheit weltpolitisch erstmals aktenkundig – auch wenn sie durch das Schrödersche Engagement in Afghanistan sogleich wieder kompensiert wurde. Eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik weg vom Blockdenken hin zu neuen Optionen in einer multipolaren Welt lässt sich aber bisher nicht erkennen. Wie unsicher die deutsche Außenpolitik in der Wahrnehmung eigener Optionen ist, zeigt die Aufregung, die die Stimmhaltung im Sicherheitsrat zur Libyen-Frage auch in der Bundesregierung hervorgerufen hat.

Notwendig ist auch eine Neubestimmung des Verhältnisses zu den Schwellenländern. Der komparative politische Vorteil Deutschlands liegt dabei in seiner wirtschaftlichen Kompatibilität zu den Märkten in Brasilien, Russland, Indien oder China. Anders als die Vereinigten Staaten steht Deutschland nicht im direkten Wettbewerb mit diesen aufstrebenden Volkswirtschaften, sondern unterstützt sogar

noch deren wirtschaftliche Ambitionen – von denen es wiederum selbst profitiert. Diese Rolle als begehrteter Ausrüster der Schwellenländer sollte es Deutschland leichtmachen, das Gespräch mit den neuen Präzidenten einer multipolaren Weltordnung zu suchen, um gemeinsame Interessen im Rahmen einer Weltordnungspolitik (Global Governance) abzustimmen und durchzusetzen. Deutschland muss Subjekt einer sich wandelnden lex mercatoria bleiben und nicht Objekt neuer Regeln werden, mit denen die aufsteigenden Nationen ihren Weg pflastern.

Die neue Plattform der G20 bietet dazu ganz neue Koalitionsmöglichkeiten. Die erfolgreiche Vertretung deutscher Interessen auf dem Weltmarkt setzt aber zunächst eigene deutsche Vorstellungen von Weltpolitik und globaler Bündnispolitik voraus. Darüber nachzudenken wird freilich in Deutschland nach wie vor nicht als politisch korrekt angesehen, weil dabei immer noch die gescheiterten Ambitionen des Kaiserreichs und die ruch- und maßlosen Konzepte der dreißiger Jahre im Hintergrund stehen. Deshalb finden sich heute auch kaum Denkansätze in diese Richtung. Als Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 in einem Radiointerview beiläufig davon sprach, Deutschland als Außenhandelsmacht müsse sich im Klaren sein, dass zur Sicherung freier Handelswege oftmals auch der Einsatz militärischer Mittel nötig wäre, löste dies fast eine Staatskrise aus. Köhler empfand die harsche Reaktion als demütigend für das Amt und seine Person und trat zurück. Ironischerweise gab er das Interview auf dem Rückflug vom Hindukusch, wo die Bundesrepublik seit 2001 ihrem alten Bündnispartner Amerika blutigen Tribut zollt.

Die politische Duckmäuserei der Bundesrepublik könnte sich bald rächen. Ihre starke Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt ist nämlich weniger durch eigene wirtschaftliche Schwäche gefährdet als vielmehr durch Veränderungen der machtpolitischen Rahmenbedingungen der Global Governance, auf deren Gestaltung die viertgrößte Handelsnation zu wenig Einfluss nimmt. In letzter Konsequenz muss es darum gehen, den deutschen Einfluss für die Aushandlung und Durchsetzung von Regeln einzusetzen, die geeignet sind, die anstehenden Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft möglichst ohne militärische Konflikte zu begleiten. Es muss nicht immer das Resultat langjähriger kriegerischer Auseinandersetzungen sein, wie die Ablösung der Hanseatic Governance von den oberdeutschen Städten geprägten mittelalterlichen Weltwirtschaft durch die 1648 im Frieden von Münster besiegelte Westfalian Governance der souveränen Territorien und Nationalstaaten, das den Wandel der Weltwirtschaftsordnung bestimmt.

Der Autor



Werner Abelshäuser ist Forschungsprofessor für Historische Sozialwissenschaft der Universität Bielefeld, Mitglied des Instituts für Wissenschafts- und Technikforschung und Mitgründer des Bielefeld Institute for Global Society Studies. In den achtziger Jahren war er Geschäftsführender Direktor des Bochumer Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung. Das Bundeswirtschaftsministerium hat den 67 Jahre alten Ökonomen in diesem Jahr in seine unabhängige Historikerkommission berufen. Gerade neu aufgelegt wurde sein Standardwerk „Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart“. (hig.)